

Die Liberal-Demokratische Partei gibt diesem Gesetz ihre volle Zustimmung und ihre ständige Unterstützung.

(Beifall)

### Vizepräsident Ebert:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinwarth.

### Abg. Reinwarth (NDPD):

Meine Damen, meine Herren! Wenn ein Gesetz von den vielen, die wir seit dem Oktober vorigen Jahres in diesem Hause verabschiedeten, von uns mit besonderer Befriedigung und auch mit besonderem Stolz beraten wurde, dann, glaube ich, ist es das heute uns von der Regierung vorgelegte Gesetz über die Verbesserung der Lage der Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik. Ist doch dieses Gesetz stärkster Ausdruck unserer wachsenden wirtschaftlichen Kraft und Ausdruck der Erfolge einer verantwortlichen nationalen Politik auf der Grundlage unserer demokratischen Reformen.

Nahezu ein Viertel unserer Bevölkerung besteht aus ehemaligen Umsiedlern, die heute vollberechtigte Bürger unserer Republik sind. Keine der antifaschistisch-demokratischen Parteien trägt Schuld daran, daß sie ihre Heimat verloren. Sie verloren sie nicht mit der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens, und sie verloren sie noch viel weniger an dem Tage, an dem wir im deutsch-polnischen Abkommen die Oder-Neiße-Linie als endgültige Friedensgrenze anerkannten. Sie verloren ihre Heimat viel früher; sie verloren sie an dem Tage, da Hitler die Änderung der deutschen Grenzen zur Forderung erhob und den zweiten Weltkrieg vom Zaune brach und das deutsche Volk Hitler in diesem Krieg folgte.

(Sehr richtig!)

Nach dem Wunsch der anglo-amerikanischen Öl-, Stahl- und Rüstungsgewaltigen und ihrer westdeutschen Diener sollten sie heimat- und ruhelos bleiben, sozial ausgeschlossen, als willkommenes Objekt der westalliierten Kriegspläne, Einheimische und Umsiedler ständig gegeneinander gehetzt. Bewußt in Not und Verzweiflung gehalten, im Uneinigkeit gehalten, sollten sie die Armeebilden, welche der Hetze gegen die Sowjetunion und die Deutsche Demokratische Republik bedingungslos folgt. Diese Rechnung wurde aber ohne uns gemacht, ohne den Willen der demokratischen Kräfte Deutschlands, und deswegen geht diese Rechnung nicht auf.

Durch die Schaffung von 500 000 Neubauernstellen auf Grund der Bodenreform, durch den Bau von 180 000 neuen Bauernhöfen, durch die Herstellung der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, durch die Einweisung fast aller arbeitsfähigen ehemaligen Umsiedler in neue Arbeitsplätze, in führende Stellungen unserer Wirtschaft und Verwaltung und nicht zuletzt durch die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Friedensgrenze wurde in der Deutschen Demokratischen Republik all denen, die ihre Heimat verloren, eine neue Heimat wiedergegeben, eine Heimat, für deren friedlichen Aufbau und zukünftigen Wohlstand heute die ehemaligen Umsiedler gemeinsam mit allen Patrioten in großer Zahl mitarbeiten, schaffend hinter dem Pflug, an der Werkbank, im Labor und kämpfend in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

Jeder von uns weiß, welche besondere Not von den Umsiedlern in den Jahren seit 1945 außer der allgemeinen Not getragen werden mußte. Jeder von uns weiß, daß das bisher Getane trotz des gewaltigen Unterschiedes zwischen dem bei uns Erreichten und den leeren Versprechungen und Irreführungen in Westdeutschland zu wenig war, um allen ehemaligen Umsiedlern, auch wirtschaftlich gesehen, die Hebung ihres Lebensstandards auf den allgemeinen Stand der Bevölkerung zu gewährleisten. Neben denen, die auf den Bauernhöfen oder in den Betrieben durch ihre Leistungen bereits diesen An-

schluß erreichen konnten, gibt es Tausende von Bedürftigen, die der Hilfe der Nation dringend bedürfen.

Dieses Gesetz gewährt ihnen nunmehr die Hilfe. Aus nationaler Verantwortung, bauend auf die Leistungen unserer Aktivisten, unserer schaffenden Menschen und ihre Planerfüllung, gestärkt durch die Hilfe der Sowjetunion und der Volksdemokratien und beseelt von dem Willen, die Sorgen und Nöte jedes gutwilligen und friedliebenden deutschen Menschen zur Sache der Nation zu machen, damit die Sache der Nation Sorge jedes einzelnen ihrer Bürger ist, hat die Regierung dieses Gesetz geschaffen. Ihr und den arbeitenden Menschen gebührt der Dank der Nation.

Dank aber bedeutet zugleich Verpflichtung, — Verpflichtung für jeden Deutschen, das Seine zu tun, um den von uns begangenen Weg auf Gesamtdeutschland auszudehnen, das Seine zu tun, um die Hilfe des Gesetzes durch örtliche Hilfsmaßnahmen, besonders bei der Wohnraumverteilung und der völlig unentgeltlichen Möbelbeschaffung für solche Bedürftige, denen auch die Zurückzahlung von Krediten noch eine schwere Last bedeutet, zu ergänzen.

Gestatten Sie mir einen weiteren Hinweis zu dieser Frage! Es steht zum Beispiel in verschiedenen Städten unserer Deutschen Demokratischen Republik eine beachtliche Anzahl größerer Wohnungen noch leer. Es handelt sich dabei um solche Wohnungen, die seinerzeit für die Ansprüche wohlhabender Leute gebaut wurden und heute wegen der gesetzlich festgelegten hohen Mietpreise nicht vermietet werden können. Wir erlauben uns, der Regierung die Anregung zu geben, durch Herabsetzung der Mieten für solche Wohnungen baldmöglichst weiteren Unterkunftsraum für Umsiedler zu schaffen.

Neben den allgemeinen Hilfsmaßnahmen für Umsiedler gilt es immer wieder, die vielen einzelnen Möglichkeiten auszunutzen, um die Lage dieser deutschen Landsleute zu verbessern. Eine dieser Möglichkeiten, die zudem noch eine wichtige Maßnahme im Interesse unserer Wirtschaftsplanung ist, wird die bevorzugte und besonders zu fördernde weitere Umschulung ehemaliger Umsiedler auf neue Berufe gemäß den Erfordernissen der örtlichen Industrie darstellen.

Unser Fünfjahrplan, unsere Friedenspolitik und unsere Maßnahmen zur völligen Beheimatung der durch den Hitlerkrieg besonders hart Betroffenen werden dazu führen, daß der Begriff Umsiedler nicht nur in unserem Sprachgebrauch verschwindet, sondern auch im Bewußtsein der Betroffenen selbst, weil sie sich in der neu gewonnenen Heimat wohlfühlen als vollberechtigte Bürger der Deutschen Demokratischen Republik mit gesicherter Existenz und allen Entwicklungsmöglichkeiten für ihre Zukunft. Die völlige Beheimatung dieser 4,3 Millionen ehemaligen Umsiedler durch planvolle Hebung ihres Lebensstandards muß für die 7 Millionen Umsiedler in Westdeutschland ein überzeugender Beweis dafür werden, daß auch die größte Menschenzahl in einem Volk nicht zur Armut führt, sondern zur Quelle des Wohlstandes einer Nation wird, wenn diese Menschen ihre nationalen Lebensfragen fortschrittlich, demokratisch und gemeinsam dem Frieden und friedlicher Arbeit dienend lösen.

Die National-Demokratische Partei Deutschlands, die in ihrer ersten öffentlichen Verlautbarung, ihren Grundsätzen und Forderungen vom Jahre 1948, bereits ein Beheimatungsgesetz gefordert und auf die nationale Bedeutung eines solchen Gesetzes hingewiesen hat, erblickt in dem heute vorliegenden Gesetz die Erfüllung eines großen Teils ihrer Forderungen, und sie gibt deshalb freudig und vorbehaltlos diesem Gesetz ihre Zustimmung.

(Beifall)